

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-72780](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-72780)

Der Ammerländer

(Herausgeber Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Jedes Haus Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postkasten und Postbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Bezugsgebühren für die einjährige Mitgliedschaft (ober deren Namen) für den Abnehmer aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pf., für außerhalb der Freistaats wohnende 35 Pf. reklamieren kosten 1 Mk. die Zeitungsanmeldung bis 3 Uhr vormittags am jeweiligen Dienstage; größere Anzeigen werden am Tage vorher eingegeben. Die Rückgabe unentgeltlicher Briefstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Jedes Anrecht auf Abgabe geht verloren, wenn Anzeigen-Geldscheine durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Nachdruckstellen der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 128

Westerstede Mittwoch den 4 Juni 1919

59 Jahrgang

Das Echo.

Die eigenen Friedensvorläufe oder, wie Herr Clemenceau zu sagen für richtig gefunden hat, Friedensbedingungen kennt man bis zum heutigen Tage weder in Frankreich noch in England in ihrem vollen Umfang und Zusammenhang; trotzdem heißt es jetzt, über die deutschen Friedensvorläufe mit benachbarten Gelehrten herzufallen und sie nach allen Regeln kritischer Kunst mit ein paar rasch hingeworfenen Bemerkungen abtun. Die Londoner und Pariser Presse hat schon schwierigeren Aufgaben spielend gelöst — warum sollte sie also vor diesem Problem ängstlich zurückweichen?

An der britischen Hauptstadt steht man, allen bundesgenössischen Blättern fast und fast voran, vom Vater, dem wir uns denn solche unendliche Mühe geben, die Friedensbedingungen lesen doch einfach zur Unterzeichnung gemacht worden. Also müße uns mitgeteilt werden, daß wir noch viel härtere Bedingungen zu gewärtigen hätten, wenn wir Ansprüche machen, und damit sei der Fall dann zu erledigen. Ungefähr so hat ja kürzlich auch Lord George sich ausgedrückt: Die Deutschen müßten die Friedensbedingungen unterzeichnen, wenn nicht in Versailles, dann in Berlin. Wenn sich der Rat der Vier nach Berlin begeben, dann müße er jedoch eine Armee hinter sich haben. Fragt sich nur, wie diese Armee aussehen würde, ehe sie bis an die Elbe gelangt. Ein anderes Londoner Blatt hat voll Entzückung, ob man nicht einlede, daß eine gewissenhafte Prüfung der deutschen Friedensvorläufe für die Staatsmänner der Entente eine Arbeit von Wochen und Monaten bedeute, und das könne man ihnen im Ernst doch nicht antworten. Schließlich einen Auszug der Friedensvorläufe könne man ihnen noch zumuten, und allenfalls die wichtigsten Bedingungen könnten reduziert werden. Selbstverständlich, daß die große und gemaltige „Times“ unsere Friedensvorläufe in Paris und London verwirft; allenfalls gilt ihr das Angebot einer großen finanziellen Entschädigung als Beweis dafür, daß Deutschland nicht so dicht vor dem Bankrott stehe, als man glauben machen wollte. Selbst die „Daily News“, die dem Imperialismus spinnend ist, meint, daß die maßgebenden Personen der Entente vielleicht es ablehnen würden, ihre Beschlüsse noch einmal zu beraten, weil sie — durch die Verhandlungen dieser Monate zu sehr erschöpft seien — wie sagte doch einmal unser alter Hohenollernter? „Ich habe keine Zeit mehr zu sein!“ — und wenn die moralischen Gründe für eine Revision der ungeredeten Entscheidungen auch noch so stark sein mögen. Aber die Revision werde sich doch wohl als unvernünftig erweisen, und die staatsmännische Kunst der Alliierten stehe vor einer entscheidenden Probe. In diesem, dieses Blatt hat heute in England wenig oder gar nichts zu bedeuten; der Ton der Musik wird von anderen Pfeifeninstrumenten bestimmt.

Unannehmbar, unerschöpflich, hochmütig und beleidigend sind diese deutschen Friedensvorläufe — so hieß es sofort in der Pariser Boulevardpresse. Aber da klangen hier das Große Wasser andere Weisen herüber, und so hieß es auch zunächst dort für länger, erst einmal abwarten. In Amerika wird, soweit Pariser Meldungen ein Urteil gestatten, die Einstellung von Verhandlungen mit Deutschland auf Grund seiner Friedensvorläufe für möglich und für angebracht gehalten, ja, die Washingtoner Regierung soll bereits zu erkennen gegeben haben, daß sie grundsätzlich bereit sei, über drei Fragen in Betrachtungen mit uns einzutreten: einmal über unsere Forderung, sofort als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund aufgenommen zu werden, dann über die Frage des Schiedensvertrages, und endlich über die Volkssatzungen in den abzutretenden östlichen Gebieten. Das wäre doch wenigstens ein Anfang, und so sehr die Franzosen sich bemühen, unser Schiedensangebot von hundert Milliarden, für das allerdings vielen Deutschen jedes Verständnis abgeht, als einen Wust darzustellen, mit dem wir uns genauer gefaßt und zeitlich nähergerückten Verpflichtungen entziehen wollten, so kommen sie doch nicht darüber hinweg, daß gerade diese runde Summe den Amerikanern ganz verloren in die Ohren fliege. Da weiß man doch wie und wo, sozusagen. Und damit nicht genug: auch Wilson soll bereits seine Genehmigung zu erkennen gegeben haben, die deutschen Friedensvorläufe zu prüfen und ihnen bis zu einer gewissen Grenze entgegenkommen. Nach einem Jahre einen Deutschland in den Völkerbund aufnehmen, sei er an und für sich bereit, ebenso die Frage unserer Dignität neu aufzuwerfen; auch sagen eine Überprüfung der Schuldfrage und der damit verbundenen Schadenersatzzahlung möge er sich nicht auflehnen — tura, nach allem, was man in Paris hört, hat man Grund vor sich zu sein, und so bedürften sich die Alliierten nach dem ersten raschen Entschluß gegen unsere Vorläufe von der Notwendigkeit zu sprechen, es kurz zu machen, denn die ganze Welt wolle doch endlich zum Frieden kommen. Vielleicht könne man zunächst eine Art Vorvertrag unterzeichnen, der die von Deutschland zu übernehmenden Verpflichtungen nur in großen Zügen festlege. Auch die Frage der Auslieferung Wilhelms II. brauche dabei kein Hindernis zu bilden. Man gibt zu, daß auf sie in Japan und Belgien a. V. kein übermäßig großes Gewicht gelegt wird, und gibt zu verstehen, daß auch England, vorläufig doch immer noch sozusagen ein monarchischer Staat, in diesem Punkte nicht unumgänglich sein würde. Im übrigen bleibt man auf der Vauer — selbstverständlich jeden Augenblick bereit, andere Töne anzuschlagen, wenn

der eigene Vorteil oder der Befehl von oben es so befehlen sollte.

Nur eins noch verdient angemerkt zu werden: Wilson hat dem Vierzehn Artikel lassen, daß er die Abmachungen des Londoner Vertrages, der die fiktive Deute zur Verteilung brachte, noch ehe sie eileg war, nicht gut heißen könne, und daß die Vereinigten Staaten sich von jeder Regelung, in der dieser Vertrag anerkannt werde, fernhalten würden. Diese anheimelnde vom amerikanischen Senat erwartende Stellungnahme des Präsidenten wird den „alliierten und assoziierten“ Regierungen wohl gerade im gegenwärtigen Augenblick besonders unermüdlich sein. Für uns kann durch die das Spiel der Kräfte im todbringenden Endkampf vielleicht ein klein wenig zu unseren Gunsten verschoben werden. Aber auch wirklich nur ein klein wenig. Was unsere Friedensvorläufe in jedem Falle für das deutsche Volk bedeuten, davon können sich wohl nur die wenigsten unter uns jetzt schon eine zu treffende Vorstellung machen.

Berlin, 1. Juni. Im Publikum sind wegen der Verschiedenartigkeit der Nummernbezeichnungen auf der Rückseite der neuen fünfzig Marknote von 30. November 1918 vielfach Zweifel an der Echtheit der betreffenden Noten entstanden. Wir erfahren hierzu von zuständiger Stelle, daß, wie bei der Silberbanknote vom 20. Oktober 1918, es auch bei der neuen vom 30. November 1918 notwendig geworden ist, die Nummerierung mit verschiedenen Typen

(N., Nr. und N.)

vorzunehmen, so daß auf den echten Banknoten drei Nummernbezeichnungen erscheinen und ein Mißtrauen wegen dieser Verschiedenheit unbegründet ist.

+ Für die freudensche Stimmung der Eingeborenen in unseren Kolonien sind in letzter Zeit so zahlreiche Vorteile eingelaufen, daß schon dadurch die andauernd verbreiteten Märchen von der Freude der Eingeborenenbevölkerung über die Befreiung von deutscher Herrschaft widerlegt werden. Nicht allein in Ostafrika und Kamerun, sondern auch in Südwestafrika, dem Lande des derzeitigen Generalkommandanten, befinden die Eingeborenen ihre Abhängigkeit und ihren Widerstand gegen die eingebundenen neuen Machthaber. In Südwestafrika beklagen die Bergdama- und Hereroämme das Entschwinden der deutschen Zeiten und empfinden schwer den harten wirtschaftlichen und politischen Druck, den die Engländer ihnen gebracht haben.

Berlin, 1. Juni. Die Alliierten haben in Spa ein Note über die deutschen Truppen in Lettland und Litauen überreicht, in der gefordert wird, daß die deutschen Truppen in den baltischen Provinzen zu belassen sind. Es wird eine Linie festgelegt, bis zu der sie sich zurückziehen können. Der deutsche Kommandeur, General Graf von der Goltz, erhält Befehle von Deutschland, nach denen er die Bildung einer Koalitionsregierung fördern soll. In ihr sollen sämtliche lettischen Parteien vertreten sein. An die lettischen Truppen soll die Waffen zurückgegeben. Die neue lettische Regierung soll vollständig frei in ihren Handlungen sein. Zur Annahme dieser Bedingungen wird eine Frist von 15 Tagen angesetzt.

Versailles, 1. Juni. Mehrere Pariser Blätter teilen mit, daß die Antwort der Entente auf die deutsche Friedensvorläufe allerhöchstens, wahrscheinlich schon Mitte dieser Woche, erfolgen werde.

Berlin, 1. Juni. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung beginnt Montag mit der Festlegung des Wahlrechts und will die erste Sitzung damit zum Abschluß bringen.

Gelsenkirchen, 1. Juni. Die hiesige Stadtverordnetenversammlung beschloß, mit 31 gegen 28 Stimmen die Mittel- und Büro-Räume für den Arbeiterrat zu verweigern. Darauf verließen beide sozialistischen Fraktionen zum Protest den Saal. Für das Fortbestehen des Arbeiterrates fanden große Demonstrationen statt, an denen sich 10 000 Personen beteiligten.

Bamberg, 1. Juni. Der Landtag wählte den bisherigen Ministerpräsidenten Hoffmann wieder. Darauf wählte Präsident Schmidt dem Hause folgende, vom Ministerpräsidenten übermittelte Ministerliste mit: Auerbach, Unterrichts und Kultus, Ministerpräsident Hoffmann (Soz.), Inneres Endreß (Soz.), Finanzen Sped (Bayer. Volkspartei), Verkehr Braundorfer (Radikaler), Handel, Gewerbe und Industrie Hamm (Radikaler), Soziales Segis (Soz.), Justiz Dr. Müller-Weinigen (Demokr.), Landwirtschaft Freyberg (Bayer. Volkspartei), Militär Schnepf (Soz.).

Amtterdam, 1. Juni. Nach einer drahtlosen Meldung aus New York wird der New York Sun aus Paris berichtet, daß im Gegensatz zu früheren Berichten, denen zufolge die Regelung der adriatischen Frage nahe bevorstehe die Lage jetzt ernster ist als je.

Saag, 1. Juni. Aus London wird gemeldet, daß die finnischen Truppen 20 Meilen von Petersburg stehen. Die Bolschewiken haben sich auf Jorksko Ziele zurückgezogen und verschanden sich dort. Die finnische Regierung sagte nach einer Meldung von Politikern den Beschluß, den Krieg im Sowjet-Rußland zu erklären. Der Tag der Kriegserklärung soll später bestimmt werden.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerstede, 3. Juni 1919.

Wetterausichten für Mittwoch den 4. Juni: Teilweise kühl, noch frühweiser Niederschlag.

—] Einer Fahrterlaubnis für die Eisenbahn bedarf es fortan in ganz Deutschland nicht mehr.

—] Die Zwischenscheine der 9. Kriegsanleihe werden im Monat Juni verausgabt. Näheres ist aus der betr. Anzeige in der heutigen Nummer d. Blattes zu erfahren.

—] Nach Mitteilung der Inspektion der Kriegsgefangenenlager 10. A. R. vom 24. v. Monats ist mit der Möglichkeit eines unerwarteten telegraphischen Abrufes der in der Landwirtschaft beschäftigten kriegsgefangenen Kassen zu rechnen. Die Arbeitgeber, welche Kriegsgefangene beschäftigen, werden gut tun, sich sofort mit dem zuständigen Arbeitsnachweis wegen Ersatz von Arbeitskräften ins Einvernehmen zu setzen.

—] Der Hausvater Helene Schwengels aus Halsbafel ist gestern vormittag zwischen 9 und 11 Uhr aus dem Loreingang bei Rüd. Müller hier ein ganz neues Damenrad (Marke „Fels“, mit Freilauf-Nachtrittsbremse, schwarz emailliert, gelbe Felgen, braunes Schutznetz, grün-buntes Sattelkissen, Bezeichnung der Gummireifen Harburg-Wien) gestohlen worden. Dem Wiederbringer ist eine Belohnung von 100 Mark zugesichert.

—] Es wird weiter gestohlen! In der vorigen Nacht traf die hiesige Sicherheitswehr in der Nähe der Sägemühle einen Mann mit Gelpann, der sich bemühte, vor seinen Wagen neben sein Pferd noch ein zweites zu binden. Da der Fremde auf die Anfrage, weshalb er sich hier zu schaffen mache, vorgab, sein Laubholz zerrissen, ließ man ihn beruhigt seine Straße ziehen. — Am nächsten Morgen sah man leider die Bekehrung! Von der dort gelegenen Weide des Herrn Landwirts F. Weyer war ein wertvolles zweijähriges Pferd im Werte von 7000 Mark gestohlen worden.

In letzter Stunde wird uns über den Fieberdiesstahl geschrieben: Den eifrigen Bemühungen der hiesigen Polizei um die Wiedererlangung des gestohlenen Pferdes sind bereits von Erfolg gewesen. Die Spur des Tieres führte über Vinswege, Grünentamp, Varel nach Schortens bei Jever. Die hiesige Gendarmerie hatte sich bereits telefonisch mit den Gendarmestationen in der Umgegend in Verbindung gesetzt, auf diese Weise konnte der Aufenthalt in Schortens ermittelt werden.

—] (oc) Vom Juni. Nun ist auch der Bonnemonat Mai schon vorüber und mit dem Juni, der sein Regiment angetreten hat, geht die erste Hälfte des Jahres 1919 bereits seinem Ende entgegen. Nur noch drei Wochen trennen uns vom Eintritt des Sommers, trennen uns — was uns geradezu ansehbar erscheinen möchte — vom Termine, von dem ab die Tage bereits wieder abzunehmen beginnen. Nach dem späten Frühling, den uns dieses Jahr gebracht, ist man einfach nicht dazu fähig, sich in leichten Gedanken hineinzuwenden. Draußen in Wald und Flur allerdings bringt der Juni erst die volle üppige Entwicklung. Unter seiner Sonnenglut vertieft sich das malenliche Grün zu sattem Farben. Auf den Feldern schießt das Getreide in diesem Monat am stärksten und ausgiebigsten, legt seine Blütenähren an und überläßt es dem warmen Sommerwinde, der rauchend durch die wogenden Galme fährt, für die Befruchtung der Blüten zu sorgen. Auf den Wiesen reist die erste Mahd, hier und da ist sie bereits geschnitten und zum Trocknen ausgebreitet. In den Obstgärten hat namentlich das Beereneiß schon ziemlich Fortschritte gemacht. Die Stachelbeeren sind nahezu groß genug geworden, um in grünem, d. h. unreifem Zustande, auf den Markt gebracht werden zu können. An den Obstbäumen beginnen die ersten Frühen Kirchen sich langsam zu röhren. In den Vorgärten aber hat hier und da schon eine erste Rose ihre Knospe erschlossen und verflüht sich die wunderbaren Tage, in denen all ihre laulend und aberlaulend Schwestern unter den Strahlen heißer Sommer Sonne sich erschließen und die warmen Abendstunden mit ihrem beströmenden Duft durchhauchen werden.

—] Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin N.D., 18, Gr. Franzfurterstraße 59. Erich Grund-Wilhelmsbaben, Vorrichtung zum Erzeugen und Weiterleiten von Druckluft auf Schiffen. Angemeldet Patent. Johannes Riensold-Enden, Entladungszelle mit Gelsatzfüllung und elektropositiver ausgezeichneter Kathode. Angem. Patent. Hugo Brudmann-Varel, Vorrichtung zum Ausrechnen von Elektrizitäts-, Gas- und Wasserverbrauchsfaktoren. Angem. Patent. Erwald Klar, Varel, Vorrichtung zum Ablesen von Feuerungen. Gebrauchsm. Franz Kahlmann, Mähtingen-Wilhelmsbaben Bismarckstr. 185, Projektionsapparat für sichtbare Widerentstehung. Gebrauchsm.

Apen. Anzugstoffe

prima Qualitäten
in großer Auswahl wieder eingetroffen.
Preise äußerst billig.

J. H. Tebje

Gänse-Bruteier

von weißen Gänzen kaufe diese und nächste
Woche zu ~~erhöhten~~ Preisen.

J. H. Lamken, Apen.

4% Anleihe des Freistaats Oldenburg.

(In Deutschland mündelsicher).
Tilgung durch Auslosung innerhalb 40 Jahren
zum ~~Neuwerb~~.
Zinstermine: 2. Januar u. 1. Juli jeden Jahres.
Stücketeilung: M. 10 000, 5000, 2000, M. 1000
M. 500, M. 100.

Die Anleihe wird zunächst zu ~~93%~~
verkauft unter Verrechnung der Stückzinsen bis
zum 1. Juli 1919

Kaufanträge baldigst erbitten
Oldenburgische Landesbank,
Depositenkasse Westerstede.
Oldenburg. Spar- & Leih Bank,
Depositenkasse Westerstede

Eier!

Wir sind stets Abnehmer jeder Menge frischer
Eier
Kaufleute und Eierkäufer, die einen regel-
mäßigen Jahres-Abnehmer suchen, wollen uns gefl.
Angaben machen über das Mengenquantum u. Preis.
Patentkisten werden franco geliefert.
Kassa ganz nach Wunsch des Abnehmers. Bei
Angabe guter Referenzen wird am Tage des Ab-
senders Kredit eröffnet
Firma Ww. Anna Gandz,
Köln, Teleg. Gandz, Eierhandl. Köln.
Eierlieferungen für das besetzte Gebiet werden
von jeder Station angenommen.

== Varelshafen - Varel. ==
Ich habe wieder

Mauersteine

abzugeben. Eigenschaft ist bekundeten
G. Brumm.

Harmonie - Lichtspiele
Augustfehn-Stahlwerk.
Am Sonntag den 8. d. Mts.,
nachmittags 2 Uhr: Große Kinder- und Familien-Vorstellung,
abends 8 Uhr: Große Hauptvorstellung.
Ausgewähltes Programm, u. a.
Henny Porten in dem **Erlolmen's Licht.**
Es ladet freundlich ein
L. Willems

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe**
für die 4 1/2% **Schuldverschreibungen** können vom 4. Juni ab,
für die 5% **Schuldverschreibungen** vom 23. Juni d. J. ab
in die endgültigen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschkasse für die Kriegsanleihen“,
Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten
mit Kasseneinrichtung bis zum 5. Dezember 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches.
Nach diesem 3. Punkte können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Um-
tauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zinscheine sind mit Verzinsungen, in die sie nach den Beträgen und inner-
halb dieser nach der Rammensfolge geordnet eingetragen sind, während der Vormittagsstunden
bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzinsungen sind bei
allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Kassen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts ober-
halb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl
noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden auf-
gefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtausch-
stelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch
einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Habenstein. v. Grimm

Häufelpflüge Furchenigel

für Hand- und Pferdebetrieb,
sind vorrätig bei
Iko Baumann.

Kaufe ständig

Bruteier

von weißen Gänzen. (Lieferung
Willems Capfel)
3w. Jochen. Ferd. Beyer.

Reitsattel

hat zu verkaufen
Karl Oeltjen, Sattler.

Kaufe

Eier, Erbsen, Bohnen, Sach-
pflaumen, Äpfel, Honig
dauernd jed. Posten gegen Kassa
Nachnahme **W. H. Muuss,**
Hamburg, Telegrafstr. 28.

Eßlöffel

versinkt, nicht rosten, jahrelang
brauchbar. Stück nur 60 und 65
Pfg. **M. Waters, Gartenstr. 106.**

**Maschinenöl,
Wagenfett,
Lederfett**
empfehlen
K. Oeltjen.

Korsetts

Freiheits-Qualität
Carl Hotes.

Donnerstag den 12. Juni d. J. (Medardusmarkt),

nachmittags 3 Uhr,
in der „Union“ in Oldenburg zu der alle Eigen-
tümer von Landwirten geschäftlich benutztem Grundbesitz der
Provinz Oldenburg eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Feststellung der Satzungen des Vereins.
2. Wahl des geschäftsführenden Vorstandes.
3. Feststellung des wirtschaftspolitischen Programms
des Vereins. Referent: Direktor Böllein.
4. Stellung des Vereins zum Oldenburger Landbund.
5. Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten Holl-
mann über: „Was muß jeder Oldenburger
Landwirt über die Steuererhebung wissen?“
6. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. Dettmers
über: „Das Stedelungsrecht“.
7. Anträge und Verschiedenes.

Säcke
beim Schuppen verteilt werden.
Bestellungen hierzu werden bis
zum 5. Juni entgegen genommen.
Diejenigen, die bereits früher be-
stellt haben, müssen die Bestellung
erneuern. Genossen, welche nicht
rechtzeitig bestellen, werden nicht
berücksichtigt.
Säckerliche Säcke, die Eigentum
der Genossenschaft sind, sind aber
im Berg der Genossen befinden,
müssen unbedingt bis zum 5. Juni
abgegeben werden.
Der Geschäftsführer.

Vom Baume der Erkenntnis

von Hans Alexander.

Aus dem Inhalt

Das Schamgefühl,
Verlust der Jungfräulichkeit
Die Hochzeitsnacht,
Regeln für den ehelichen
Geschlechtsverkehr,
Verhütung, Heilung von
Geschlechtskrankheiten,
Ausbleiben d. Menstruation
Einschränkung des Kinder-
lebens usw.

Inhalt zum Teil verboten gewesen,

wieder
= frei =
gegeben.

Vor und in der Ehe!

Verlobten und
Eheleuten

bietet das Buch

**Vom Baume
der Erkenntnis**
von Hans Alexander
eine Fülle

sexueller Aufklärungen.

Umwissenheit ist d. Ursache
aller Frauen- und
Männlichkeitskrankheiten

Preis trojan. M. 4.—,
geb. M. 5.50.

Portofrei geg. Voreinsend.
(auch postl.) dir. v. Verlag
Willy Härtel & Co.,
Leipzig,
Johannissp. 29/30.
Nachnahme 56 Pfg. mehr.

Verein Oldenburger Landbesitzer.

Hauptversammlung

am

Donnerstag den 12. Juni d. J. (Medardusmarkt),

nachmittags 3 Uhr,

in der „Union“ in Oldenburg zu der alle Eigen-
tümer von Landwirten geschäftlich benutztem Grundbesitz der
Provinz Oldenburg eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Satzungen des Vereins.
2. Wahl des geschäftsführenden Vorstandes.
3. Feststellung des wirtschaftspolitischen Programms
des Vereins. Referent: Direktor Böllein.
4. Stellung des Vereins zum Oldenburger Landbund.
5. Vortrag des Herrn Landtagsabgeordneten Holl-
mann über: „Was muß jeder Oldenburger
Landwirt über die Steuererhebung wissen?“
6. Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Dr. Dettmers
über: „Das Stedelungsrecht“.
7. Anträge und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Weiße Umlegefragen,
Vorhemde,
Krabatten u. Selbstbinder,
Sportvorhemde,
Sportspangen,
Abwaschbare Vorhemde.
Carl Hotes.

Apen.
Kostümstücke
in großer Auswahl sehr preiswert
J. H. Tebje.

Kali
ist wieder vorrätig.
Herr. Kramer, Bokel.

Planet
Ein- und Doppelkrabatten,
Halsknoten, Häkelöper
und Grabber
sind vorrätig bei
Ike Baumann.

Detern.
Nehme die freigegebene
Wolle
zum Bleichen und Färben
an.
S. S. Kagens,
Färberei und Spinnerei

Helle.
Am ersten Pfingsttage:
**Golds
Konzert.**
Anfang 4 Uhr nachm.,
wozu freundlichst einladet
G. Wachtendorf.

Edewecht.
Am 1. Pfingsttage nachm.
**Konzert und
Preisregeln,**
wozu freundlichst einladet
D. Bruns.

Dänikhorst.
Am Sonntag den 22. Juni d. J.
Ball
Anfang 6 Uhr.
Um 3 Uhr nachm. tags
Wettkampfe
zwischen Altschweizer u. Dänikhorst.
Gern luden freundlichst ein
Der Vorstand. Fr. Theilack.

**Krieger - Verein
Edewecht.**

Zur Verabreichung unseres
kostenlosen Kameraden, des
Anen von 1870/71.
Gastwirts
Dietrich Kreye
aus Jeddloh
wollen sich die Kameraden am
Freitag den 6. Juni, mittags
1 Uhr, im Vereinslokale einfinden.
Rege Beteiligung wird er-
wartet.
Der Vorstand.

Der Ammerländer

(Gesamtpreis Nr. 5.)

Preis des Blattes durch die Post frei aus Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postkassen und Postämter nehmen Bestellungen entgegen. Abgesandte für die ständige Abgabe (über deren Namen) für Abbestellung aus dem Freistaat Odenburg 30 Hg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Hg. Bestellungen kosten 1 Mk. die Abgabe. Die Rückgabe unentgeltlich eingesandter Briefe wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Recht auf Abbestellung geht verloren, wenn Abbestellungsbefehle durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Abbestellungsbefehle bei Aufgabe der Zusendung werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 129

Westerstebe, Donnerstag den 5. Juni 1919

59. Jahrgang

Ablehnen oder verhandeln?

Unstimmigkeiten unter den Alliierten.

Die Pariser Blätter lassen erkennen, daß es nach Prüfung der deutschen Gegenentwürfe zu beträchtlichen Unstimmigkeiten unter den Verbündeten gekommen ist. Zwar sucht die Pariser Presse die Öffentlichkeit noch immer mit dem Hinweis zu trösten, daß schließlich die Deutschen doch unterzeichnen würden, und sie beruft sich auf eine (als Fälligkeit festgestellte) Äußerung Erbsbergers, daß man „auch unterzeichnen werde“, aber ein großer Teil der Blätter läßt bereits durchblicken, daß man den Verhandlungsweg beschreiten werde, um zu einem Abbruch zu kommen. Natürlich beharrt man darauf, daß die Hauptpunkte des Vertrages bestehen bleiben, gibt indes zu, daß Abänderungen eingebracht werden sollen. Jedenfalls wird die Antwort der Verbündeten am Ende der Woche dem Grafen Rianan übergeben werden. Inzwischen hat Clemenceau bereits die Antwort auf verschiedene deutsche Noten überreicht.

Die Neugruppierung der Entente.

Aber die diplomatische Lage wird aus amerikanischer Quelle berichtet: Wilson hat jetzt die Rolle des Vermittlers zwischen Deutschland und den Alliierten auf sich genommen und befürwortet bei den Alliierten eine Änderung der hauptsächlichsten Bedingungen. In fünf Punkten ist Präsident Wilson zu Zugeständnissen geneigt. Sie betreffen: 1. die obersteinstehende Frage, in der Präsident Wilson die deutsche Forderung einer Volksabstimmung unterstützt; 2. Danzig. Der Präsident stimmt mit den Deutschen darin überein, die Stadt zu einem Freihafen zu machen; 3. den Völkerbund. Wilson hat die unmittelbare Zulassung Deutschlands immer gewünscht. Lediglich Frankreich sträubt sich ernstlich dagegen, während England und Italien nichts dagegen einzuwenden haben; 4. die Befreiung des Kaiser. In dieser Frage ist Präsident Wilson zu seinem früher eingenommenen Standpunkt zurückgekehrt, einen Prozeß gegen den früheren Monarchen abzulehnen; 5. die Schadenvergütung. Es ist wahrscheinlich, daß die Bestimmungen über die Schadenvergütung nunmehr aus dem Unfrieden werden, und zwar bis zu einem Betrage, der die ungefähre Summe angibt.

Die Stimmung in England.

Die Mitglieder des englischen Kabinetts Chamberlain, Balfour, Cecil, Bonar Law, Fisher und Montague, die in Paris eingetroffen sind, hielten mit Lord George eine Beratung ab. Sie unterrichteten den Ministerpräsidenten davon, daß sowohl die Liberalen wie die Arbeiterpartei Englands die Deutschland auferlegten finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen für zu hart und unausführbar halten. Lord George erklärte, daß er dem Vizekönig zur Verbesserung des Vertrags und zu Zugeständnissen in der Entschädigungsfrage raten werde. Auch wenn Deutschland fortwährend bleibe, werde er nicht für Verschärfung der Bedingungen eintreten.

Präsident Ebert über die Lage.

Kein Regierungswechsel in Aussicht.

In einer Unterredung, die Reichspräsident Ebert einem Vertreter der Deutsch. Allgem. Ztg. gewährte, sprach er sich dahin aus, daß die Staatsmänner der Entente eine ungesunde Verantwortung auf sich laden, wenn sie einen Frieden der Gewalt billigten. Der Reichspräsident erklärte zum Schluß: „In der feindlichen Presse wird öfter die Meinung vertreten, daß bei Weiterentwicklung der von der Entente vorgeschlagenen Friedensbedingungen das jetzige Ministerkabinet zurücktreten und durch andere, zur Unterzeichnung bereit Männer ersetzt werden würde, so daß dann die Schwierigkeiten schnell behoben werden würden. Hierbei wird aber vergessen, daß nach unserer vorläufigen Reichsverfassung der Friedensschluß durch Reichsgesetz erfolgen muß, also durch Abstimmung von Nationalversammlung und Staatsanuschuß; die Nationalversammlung hat sich mit zu erdrückender Mehrheit für den Standpunkt der Regierung ausgesprochen, der Staatsanuschuß stellte sich einmütig auf diesen Boden, so daß ich mir nicht vorstellen kann, wie ein in dieser Frage anders denkendes Kabinet das nach der Verfassung notwendige Vertrauen der Nationalversammlung finden könnte.“

Frankreichs Rechnung.

Was Deutschland zahlen wird.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Main“ meinte der französische Finanzminister Ribot, Deutschland werde bis 1921 der Entente 25 Milliarden Frank ohne Zinsen zahlen. Nach Abzug aller Kosten werden nur 10 Milliarden zur Aufteilung unter die Alliierten kommen, wovon Frankreich die Hälfte erhalten wird. Es ist anzunehmen, daß Deutschland bis 1926 weitere 4 Milliarden, von 1926 bis 1931 endlich jährlich 1800 Millionen an Frankreich zahlen wird. In demselben Zeit aber wird Frankreich etwa 90 bis 100 Milliarden abbringen müssen, um die Zinsen und die Kosten der Wiederherstellung zu decken. Zum Schluß betonte Ribot, Frankreichs finanzielle Lage könne nur gebessert werden, wenn alle Alliierten eine absolute finanzielle Solidarität bekundeten.

Erstes Blatt.

Hierzu ein zweites Blatt.

Politisches Rundschau Deutsches Reich.

Der Reichsbauern- und Landarbeitertag in Göttingen hat eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: Bei einer verfassungsmäßigen Festslegung und Reform der Räte-Organisation ist der Landbevölkerung volle Gleichberechtigung mit allen anderen Bevölkerungsgruppen im Staate zu gewähren. Innerhalb der Landbevölkerung haben die verschiedenen Berufsstände Anspruch auf Gleichstellung in der Vertretung in allen öffentlichen Angelegenheiten. Bei jeder staatlichen Maßnahme, die die Landwirtschaft berührt, muß die Erhaltung und Stärkung der Erzeugung als oberste Pflicht ohne Zweifel. Die Freiheit der landwirtschaftlichen Betriebskraft ist unbedingt zu mahnen. Die gewählte Vertretung der deutschen Bauern- und Landarbeitertage ist von der Staatsregierung bei der Beratung und Verarbeitung aller das Räte-System und die Organisation der ländlichen Berufe betreffenden Gesetze und Verordnungen hinzuzuziehen. Sie soll in enger Arbeitsgemeinschaft mit den alten Organisationen der Landwirtschaft treten.

Die obersteinstehende Sozialdemokraten gegen die Polen. Der obersteinstehende Parteitag der sozialdemokratischen Partei nahm zur Polenfrage eine Entschliessung an, in der es heißt: Der Parteitag erhebt im Namen von 210.000 Mitgliedern den Protest gegen den Vergeltungsfrieden, der dem deutschen Volke aufzuerzogen werden soll. Insbesondere stellt der Parteitag einmütig fest, daß der Anschluß an Polen nur die obersteinstehende Arbeiterkraft gelingen und wirtschaftlichen Niedergang, neue Fesselung an das abstrakte kapitalistische System bedeute. Von der Reichsregierung erwartet der Parteitag, daß sie alles tun wird, um das Weiterbleiben Obersteinstehender bei der deutschen Republik zu erreichen, und gelobt, sie hier bei diesen Bemühungen zu unterstützen.

Die Vereinigung beider Reue. Dem Vorstehen des Staatsanuschusses ist ein Schreiben des Reichsrates und des Staatsrates des Volksrates Reue zugegangen, in dem die Vereinigung der beiden Reichsräte Reue in einem Staat laut dem einzigen Beschluß des gemeinsamen Landtages mitgeteilt wird.

Zur Freigabe des Privatvermögens des Hauses Wettin. Das Privatvermögen des Königs ist bekanntlich wieder freigegeben worden. Es war zu Beginn der Revolution von der kaiserlichen Regierung beschlagnahmt worden, weil ein gewisser Zusammenhang zwischen dem kaiserlichen Privatvermögen und dem Staatsvermögen vermutet wurde. Für die nunmehr erfolgte Freigabe kommt zunächst auch nur der Teil des Privatvermögens in Betracht, bei dem ein derartiger Zusammenhang nicht besteht. Zum Privatvermögen des Königs gehört u. a. auch das Hausbesitzvermögen. Dazu zählen die in dem berühmten Grünen Gewölbe in Dresden und anderen königlichen Sammlungen befindlichen Kostbarkeiten, Gold- und Silbergeräte und Porzelle, die Gemäldesammlung, die Silberbesteck, Naturalien, Münzen und andere Kabinette, die Bibliothek usw. Es leuchtet ein, daß an der Erhaltung dieser Sammlungen für den kaiserlichen Staat ein großes öffentliches Interesse vorhanden ist. Deshalb sollen über diese Teile des Hausbesitzvermögens besondere Vereinbarungen getroffen werden.

Aber die neuen Männer in der preussischen Verwaltung wird offiziell gekündigt: Über Stellenbesetzung in der preussischen Verwaltung werden jetzt in der Presse häufig irrtümliche Nachrichten veröffentlicht. In einzelnen Fällen scheinen diese unrichtigen Informationen der Presse auf Verdruss amtsförmiger Herren zurückzuführen, sich selbst aufzuleisten, in manchen anderen mag auch das Verhalten mitspielen, die Regierung zu kompromittieren, indem man ihr nicht die Bestätigung der Verwaltung zuschreibt. In die letztere Kategorie von Irrtümern mag die kürzlich veröffentlichte Nachricht gehören, der frühere Landrat von Falkenberg, Freiherr von Reibnitz, seit dem Herbst Sozialdemokrat, sei zum Regierungspräsidenten in Magdeburg ernannt worden. Herr v. Reibnitz hat sich seit der Revolution aus lebhaftem Eifer bemüht, Regierungspräsident zu werden, er hat aber seinen derzeitigigen Minister des Innern, den Unabhängigen Dr. Bruns, nicht bewegen können, zur Erfüllung dieses Amtes sich bewegen zu lassen. Die Bezeichnung der zu ernennenden Vandidate liegt in der Hand der neuen, demokratisch gewählten Regierung, nach deren Vorklagen die Regierung, die bei der Verwaltung der Provinz zum gewählten Reichsbeamten machen will, schon jetzt nach Möglichkeit sich richten wird.

Maßnahme zur Erhebung der Heereskräfte. Bei Aufnahme des Budgetanuschusses der Verabreichung der Heereskräfte in unsere Friedensgegenstände ist sich die Regierung, wie sie erklären läßt, wohl bewußt, daß unter dieser Maßnahme die Fürsorge für Offiziere, Unteroffiziere und Freiwillige sowie für die Heeresbeamten nicht leiden dürfte.

Ungarn.

Einsetzung des rumänisch-serbischen Vormarsches. Die rumänischen und serbischen Truppen haben ihren Vormarsch in Ost- bzw. Südungarn plötzlich eingestellt, weil ihnen die Entente nicht genügende Aufbesserungen in der Frage des Vorrates machte. Die in Südwestungarn in verhältnismäßig geringer Stärke verbleibenden französischen Truppen sind auch nicht mehr zuverlässig durch eindringende sozialistisch-kommunistische Umstürzungen hat die Disziplin bei ihnen sehr gelitten.

Großbritannien.

Militärische Sorgen. In einer Rede im Unterhaus erklärte Churchill, daß in der britischen Armee eine ganze Anzahl von Minderheiten vorgekommen waren, von denen eine einen sehr ernstlichen Charakter gehabt habe. Die Lage in Indien habe große Schwierigkeiten verursacht und erfordere beträchtliche Verstärkungen. In Ägypten dauere die Spannung an. In der Türkei und den anderen mohammedanischen Ländern herrsche sehr ernste Unruhe und Verwirrung über das Schicksal der mohammedanischen Welt. Wenn der Frieden bald unterzeichnet werde könne die Rheinarmee sofort von zehn auf sechs Divisionen herabgesetzt werden.

Aus In- und Ausland.

London. Die Runden nordöstlich von Bagdad befinden sich in vollem Aufbruch gegen die britische Herrschaft. Die Afghanen greifen entgegen früheren englischen Vorstößen fortwährend an.

Lugano. „Giornale d'Italia“, das Dragan Sonnino, mit Erlaubnis haben, daß Graf Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington, für den deutschen Botschafterposten in Rom vorgelegen sein soll.

Die französischen „Schieber“. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt, daß die französische Verfassungsbehörde vom Vizepräsidenten in Wiesbaden ausdrücklich verlangt hat, daß für zu sorgen, daß die Blatte, die die Proklamierung der Rheinischen Republik enthalten, nicht entfernt werden. Diese Forderung steht in merkwürdiger Gegensatz zu dem von den Verfassungsbehörden immer wieder betonten „rein privaten und volkstümlichen“ Charakter der Abplitterungsbewegung.

Maßnahmen gegen die Rheinbündler. Berlin. Heute nachmittags fand im Abgeordnetenhause eine Konferenz zwischen Mitgliedern der Reichsregierung, Mitgliedern der preussischen Regierung und Abgeordneten statt, zwecks Beratung über Maßnahmen, mit denen man den hochverräterischen Wadenküssen und Umtrieben im Rheinland wirksam begegnen könnte.

Deutsche deutsche Afrikaner.

Berlin. Am antilich Stelle sind jetzt Nachrichten eingetroffen, nach denen der Dampfer „Gehlen Galle“ um die Mitte des Monats Mai von Dar-es-Salaam abfahren sollte. Auf diesem Dampfer wird den letzten noch in Südwestafrika befindlichen Deutschen die Heimreise ermöglicht. Der Tag des Eintreffens in Rotterdam, das etwa Mitte Juni zu erwarten ist, wird noch bekannt gegeben.

Eine Erklärung Brodthorff-Kaunas.

Berlin. Ein Vertreter der Nat.-Ztg. hatte in Berlin eine Unterredung mit dem Grafen Rianan, der erklärte, daß die deutschen Gegenentwürfe ein gemeinsames Ganzes bilden, von dem nichts abgesehen werden kann, ohne alles zu gefährden. Das Anerbieten von 100 Millionen stelle die Grenze der deutschen finanziellen Leistungsfähigkeit dar und mache auf lange Zeit ein Höchstmaß deutscher Arbeit den Feinden denkbar.

Der große Tag.

Basel. Nach einer Neutermeldung sollen die Verhandlungen der Alliierten über die deutschen Gegenentwürfe so beschleunigt werden, daß spätestens am 15. Juni die Unterzeichnung des Vorfriedensvertrages stattfinden kann.

Die Weltische.

Bern. Neuter meldet, daß die für Deutschland bestimmten englischen Lebensmittellieferungen so lange zurückgehalten werden sollen, bis der Friedensvertrag unterzeichnet worden ist.

Die Räumung des Baltikums.

Berlin. Wie verlautet, wird die Waffenstillstandskommission demnächst in Spa eine neue Note über die Zurückziehung der deutschen Truppen im Baltikum überreichen. Sie wird darin betonen, daß die deutsche Regierung unbedingt an ihrem Standpunkt festhalten müsse, daß die Frage der Zurückziehung deutscher Truppen eine reindeutsche Angelegenheit sei, über die die Entente nicht bestimmen dürfe.

England befreit Irland.

Lugano. Die Sinnfeiner haben einen Bund mit den irischen Gemäßigten geschlossen, die eine politische „Volition“ betreiben und auf die Errichtung von Arbeiterparlamenten in Irland hinwirken. Infolge dessen hat die britische Regierung beschlossen, die von den gemäßigten irischen Elementen gewünschten politischen Reformen zurückzuführen und gegen die revolutionäre Agitation durch militärische Besetzung der Hauptorte Irlands vorzugehen.

Lugano. Nach letzten Berichten aus Mailand steht ein Generalstreik der gesamten norditalienischen Baumwollindustrie unmittelbar bevor.

Sudafest. Eine Verordnung des revolutionären rotierenden Rates fest die allgemeine Wehrpflicht für jeden männlichen Privatier von 17 bis 45 Jahren fest.